

## Medienmitteilung

Donnerstag, 25. Februar 2010

# Zielgerichtete Umsetzung der Finanzplatzstrategie

**economisesuisse begrüsst den heutigen Entscheid zur Umsetzung der Strategie des Bundesrates für den Finanzplatz Schweiz. Die konsequente Umsetzung des eingeschlagenen Weges bei der Amtshilfe in Steuerfragen nach OECD Standard, ohne automatischen Informationsaustausch, entspricht dem internationalen Standard.**

Der Finanzplatz Schweiz ist eine der tragenden Säulen unseres Wirtschaftsstandortes. Von der hohen Wertschöpfung profitiert auch die übrige Wirtschaft. Deshalb ist es richtig, die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzsektors zu stärken und den internationalen Marktzugang zu verbessern. Dafür sind eine wettbewerbsorientierte liberale Wirtschaftspolitik, die Rechtssicherheit sowie eine solide Finanz- und Steuerpolitik unentbehrliche Voraussetzungen. Aus Wirtschaftssicht ist entscheidend, dass die Ausstrahlungswirkung eines leistungsfähigen internationalen Finanzsektors über nackte Zahlen hinausgeht. Der Finanzsektor hat eine Anziehungskraft für die Ansiedelung von Konzernzentralen, exportorientierten Unternehmen und für die weltweit führenden Handelsfirmen mit globalen Finanzierungsbedürfnissen. Davon profitieren zahlreiche weitere Unternehmen, vor allem auch Klein- und Mittelunternehmen. Zwischen dem Werk- und Finanzplatz besteht eine enge Wechselbeziehung.

Das wirtschaftliche und regulatorische Umfeld hat sich für den Finanzplatz entscheidend verändert, gerade auch bei Steuerfragen. Die Unternehmen müssen sich darauf einstellen und ihre eigenen Strategien anpassen sowie proaktive zukunftsgerichtete Geschäftsfelder im internationalen Wettbewerb besetzen. Dies ist die Aufgabe der Wirtschaftsakteure, nicht des Staates. Der Staat muss hingegen die Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige und wertschöpfungsstarke Finanzbranche mit Instituten aller Grössen verbessern. Die Strategie des Bundesrates, die vier gleich bedeutende Stossrichtungen beinhaltet – weltweiten Wettbewerbsfähigkeit, Sicherung und Verbesserung des Marktzugangs gerade auch in Europa, Verbesserung der Krisenresistenz und Wahrung der Integrität –, ist richtig und unterstützenswert. Die Ablehnung des automatischen Informationsaustauschs ist im Interesse des Schutzes der Privatsphäre und entspricht dem internationalen Standard. Schritte für eine Regularisierung unversteuerter Vermögen in der Schweiz sind mit Blick auf die Verbesserung des Marktzuganges aber auch im Sinne von Verpflichtungen gegenüber den Kunden wichtig. Gerade für den Finanzplatz sind aber ordnungspolitische Kernfragen wie eine auf Stabilität ausgerichtete Geld- und Währungspolitik, eine ausgeglichene Finanzpolitik und eine zurückhaltende Steuerpolitik ebenso fundamental. Sie haben dazu beigetragen, dass unser Land von der Finanz- und Wirtschaftskrise letztlich weniger betroffen war als andere Konkurrenten.

Rückfragen:

Thomas Pletscher

Telefon: 044 421 35 35